

Wirtschaftliche Aufbauleistung in der Bundesrepublik und politische Stabilisierung

Die **wirtschaftliche Aufbauleistung** in der Bundesrepublik wird mit dem Begriff „Wirtschaftswunder“ belegt. Es begann bereits mit der Währungsreform und hatte die Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards, die dieser bereits als Direktor des Frankfurter Wirtschaftsrats vertrat, zur Basis. Das ist die „**Soziale Marktwirtschaft**“, die versuchte, die Vorteile der freien Marktwirtschaft mit der Sorge für soziale Sicherungen zu verbinden.

Dass die Wirtschaftspolitik der Sozialen Marktwirtschaft für den schnellen Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft verantwortlich war, lag vor allem daran, dass sie die eigene Leistung in den Vordergrund stellte und so einen wichtigen **Gegenpol zur Sozialisierung** in der sowjetischen Besatzungszone bot. Mit dieser Politik waren die Sozialisierungspläne, die noch die ersten Nachkriegsjahre gehegt worden waren, ad acta gelegt.

Ein weiterer Grund für den wirtschaftlichen Aufschwung lag in der zunehmend auf wirtschaftliche Stärkung gerichteten **Politik der Alliierten**, die bald zu einem Ende der Demontagen und der Produktionsbeschränkungen führte. Die finanziellen Mittel, die der Marshall-Plan in die Westzonen fließen ließ, unterstützten den Wiederaufbau der Industrie. Die industriellen Anlagen waren nicht so stark zerstört wie zunächst angenommen, das Produktionspotential entsprach im allgemeinen dem Vorkriegsstand und war gegen Ende der vierziger Jahre schon auf relativ modernem Niveau. Die Industrie mit ihrer hohen Produktivität konnte so, bedingt durch den Korea-Krieg und die Unterbewertung der D-Mark, bald auf dem Exportmarkt große Erfolge erzielen. Das hatte ein rapides Wirtschaftswachstum und einen starken Rückgang der Arbeitslosigkeit zur Folge.

Diese Erfolge in der Wirtschaftspolitik wirkten sich unmittelbar auf die **Konsummöglichkeiten** der Bevölkerung aus, auch wenn die Gewerkschaften, um den Wiederaufbau nicht zu stören, eine recht gemäßigte Lohnpolitik betrieben. Wirtschaftlicher Erfolg und Konsum wurden unmittelbar der Regierung und dem neuen demokratischen System zugeschrieben und zeigten sich in den Ergebnissen der Bundestagswahlen der 50er Jahre.

Mit diesen positiven wirtschaftlichen Erfolgen hatte die Bundesregierung auch die Möglichkeit, die drängenden **sozialen Probleme** anzugehen. 8,8 Millionen Vertriebene und 2,5 Millionen DDR-Umsiedler waren nicht nur zu integrieren, was durch den Arbeitsmarkt recht gut zu bewältigen war, sondern waren auch für ihre erlittenen Verluste zu entschädigen - wie übrigens auch die Opfer der Luftangriffe während des Krieges. Diese Entschädigung wurde aus dem immobilien Vermögen durch die Mittel des **Lastenausgleichs** zur Verfügung gestellt und umfasste bis 1989 die Summe von 134 Milliarden DM.

Weitere soziale Leistungen waren:

- * Einführung der Vermögensbildung für Arbeitnehmer (Bausparverträge etc.),
- * Kriegsoferenschädigungen,
- * Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Angestellte und ab 1961 für Arbeiter,
- * und schließlich die Dynamisierung der Renten mit der Koppelung an die Lohnentwicklung.

Einen wesentlichen Anteil an der Festigung der Demokratie hatten natürlich die Erfahrungen mit der Katastrophe des Hitlerregimes und des 2. Weltkriegs einerseits, mit dem Sozialismus sowjetischer Prägung, wie er in der DDR verwirklicht wurde, andererseits. Damit waren die autoritären und totalitären planwirtschaftlichen Regime beider politischer Richtungen grundlegend **diskreditiert**. Die zielstrebig verfolgte **Westintegration** der Bundesrepublik, die ebenfalls auf der Hintergrund einer als latent angesehenen Gefährdung durch den Osten Sicherheit versprach, und die Attraktivität des „American Way of Life“ taten ein Übriges.

Damit war ein individueller Wohlstand erreicht, die Bevölkerung verspürte ein hohes Maß an sozialer und wirtschaftlicher Zufriedenheit. Das führte allerdings auch dazu, dass sowohl die eigene Vergangenheit als auch die kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Wohlstand („Fresswelle“) verdrängt wurden.

Das Ergebnis war eine Stabilität der Demokratie, die sich in der Person des Bundeskanzlers Konrad Adenauer und seiner 14jährigen Kanzlerschaft zu kristallisieren schien. Das auf den Kanzler zugeschnittene politische System der Bundesrepublik („**Kanzlerdemokratie**“) verstärkte diese Tendenz, ebenso die immerwährende Auseinandersetzung mit dem Feindbild des Kommunismus mit ihrer integrierenden Wirkung auf die westdeutsche Politik und Gesellschaft.